Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge

Herausgeber: Bioforum Schweiz

Band: 69 (2014)

Heft: 1

Artikel: Mehr Demokratie wagen beim Essen und in der Landwirtschaft

Autor: Haerlin, Benedikt

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-891148

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Mehr Demokratie wagen beim Essen und in der Landwirtschaft

«Wie viele Bauern wird es in zehn Jahren in Deutschland, Frankreich, Italien, Polen oder Rumänien noch geben? Was werden sie anbauen? Wie sehen unsere Landschaften dann aus? Welchen Preis bezahlen wir dafür an der Ladentheke? Wie teuer kommen unsere Landwirtschaft und Ernährungsweise die Gesellschaft, Gesundheit und Umwelt zu stehen?»

Benedikt Haerlin.[1] Diese Fragen standen am Anfang einer Allianz von Landwirten und NGOs in Deutschland, die sich im Jahre 2010 ein wenig vollmundig «Meine Landwirtschaft» nannte, um zu signalisieren, dass Landwirtschaft uns alle angeht: Produzentinnen, Steuerzahler, Verbraucherinnen, Verarbeiter, Stadt und Land, Bio- und Kleinbauernverbände, Umweltschutzorganisationen, Entwicklungsorganisationen, Natur- und Tierschützer, Vegetarierinnen und Veganer, Slow Food und Gentechnik-Kritiker. Zusammen wollten wir nach neuen Wegen in die Nachhaltigkeit suchen. Mit gemeinsamen Aktionen, Lobbyarbeit in Berlin und Brüssel, Demonstrationen und Druck auf die Parteien sollte das Thema Ernährungs- und Agrarpolitik auf die öffentliche Tagesordnung gesetzt und die EU-Agrarpolitik neu ausgerichtet werden. Diese Chance ergibt sich in Europa nur alle sieben Jahre. Ihre gemeinsame Agrarpolitik ist eine entscheidende Weichenstellung der Europäischen Union bei Klimaschutz und Artenvielfalt, für Wasser- und Bodenqualität, regionale Entwicklung und Tierschutz; aber auch für ihre Ernährungs- und damit nicht zuletzt Gesundheitspolitik. Sie ist zudem Europas wichtigster gemeinsamer Beitrag zur Bekämpfung des Welthungers und zu globaler Gerechtigkeit. Denn die Futtermittel- und Rohstoffimporte der EU, ebenso wie ihre Exporte von Fleisch, Milch und verarbeiteten Produkten tangieren auch die Zukunft von Millionen Bäuerinnen und Bauern in Brasilien, Burkina Faso, Ghana und Indien. Schliesslich prägt die EU-Agrarpolitik Forschungs- und Technologieentscheidungen: Bio oder Gentechnik, Tank oder Teller, Kunstdünger und Pestizide oder agrarökologische Lösungen?

Das Agrarbudget von rund 370 Milliarden Euro und der rechtliche Rahmen sind nun für 2014 bis 2020 beschlossen. Heute, Anfang 2014, müssen wir uns eingestehen: Unser Anspruch, eine neue EU-Agrarpolitik in die Wege zu leiten und bei der Vergabe von jährlich knapp 53 Milliarden Euro tatsächlich das Prinzip «öffentliche Mittel für öffentliche Güter» zu verankern, ist weitgehend gescheitert. Die Parole des nächsten Siebenjahres-Planes der EU-Agrarpolitik lautet unmissverständlich: «Weiter wie bisher».

Scheitern als Chance

Kaum etwas von dem, was unter dem Schlagwort «Greening» zur Rechtfertigung der EU-Agrarsubventionen herhalten sollte, ist der Rede wert: Selbst auf «ökologischen Vorrangflächen», die künftig nominell 5 Prozent der Ackerfläche ausmachen sollen, dürfen wohl weiter Pestizide und Mineraldünger ausgebracht werden. Die Liste der Ausnahmen ist so lang und vielfältig, dass alle über die gesetzlich vorgeschriebenen Mindeststandards hinausgehenden ökologischen Leistungen praktisch ins Belieben der einzelnen Mitgliedsstaaten und ihrer Agrarlobby gestellt bleiben. Zwischenfazit: **Wer der Agrarindustrie und dem kleinen Kreis alter und neuer Grossgrundbesitzer, die weiter den Löwenanteil der Subventionen unter sich verteilen werden, die Butter vom Brot nehmen will, muss früher aufstehen.** Dass allerdings so viele unterschiedliche Organisationen und Bewegungen überhaupt schon einmal gemeinsam aufgestanden sind, gibt dennoch Grund zu Hoffnung. Mit über 30 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern hatte die diesjährige Demonstration «Wir haben es satt», die «Meine Landwirtschaft» zum vierten Mal während der «Internationalen Grünen Woche» in Berlin organisierte, mehr Zulauf als irgendeine andere politische Demonstration in Deutschland seit Anfang 2013. Die Bauern marschierten auch dieses Jahr stolz voran, mit einer eindrucksvollen Zahl von Schleppern.

Als auf der Abschlusskundgebung vor dem Kanzleramt der Slowfood-Gründer Carlo Petrini «Freiheit für die Vielfalt!» und danach «Danke Berlin, danke Deutschland!» rief, war manch einem von ihnen durchaus etwas «historisch zumute». Mir selbst ging vor allem zu Herzen, dass die Jugend unter 30 auf dieser Demonstration die Mehrheit bildete. Dass neben Franzosen, Rumäninnen, Dänen, Belgierinnen, Bulgaren, Schwedinnen, Ungarn, Italienerinnen, Esten, Holländerinnen, Spaniern, Griechinnen und Briten erstmals auch eine nordamerikanische Delegation dabei war, gibt ebenfalls Hoffnung. Vielleicht wird das angepeilte Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA noch helfen, transatlantische Brücken des Widerstands gegen industrielle Landwirtschaft, gegen Monsanto und Cargill aufzubauen.

Konfrontationen auf der «Grünen Woche»

Für die Medien war diese wilde, fröhliche und bunte Demo deutlich interessanter als das parallel stattfindende Treffen von über 50 Landwirtschaftsministern aus aller Welt. Für den Deutschen Bauernverband ist das «Spektakel» mittlerweile ein Problem. Er könnte beim besten Willen keine vergleichbare Zahl von Menschen für seine Politik auf die Strasse bringen. Als der deutsche Bauernpräsident Joachim Rukwied zur Eröffnung der «Grünen Woche» trotzig postulierte, es gebe in Deutschland gar keine Massentierhaltung, schlug ihm eher ungläubiges Staunen, fast schon Mitleid entgegen, als jene Empörung, die immer mehr Menschen quer durch die Gesellschaft angesichts des multiplen Irrsinns industrieller Fleischproduktion erfasst hat. Dass die Betreiber von Hochsicherheitsanlagen mit zig Tausenden von Hühnern oder auch Schweinen noch Bauern seien, glaubt ohnehin niemand mehr.

Wo sind dann die echten Bauern geblieben? Selten waren sie in der Öffentlichkeit so gut angesehen. Warum haben gerade diejenigen, die eine kleinstrukturierte, sozial und ökologisch nachhaltige, lokal verankerte Landwirtschaft nicht nur im UN-Jahr der Familienlandwirtschaft propagieren, sondern seit Generationen praktizieren, die Schlacht um die EU-Agrarreform so fürchterlich verloren? Die Politik des Bauernverbandes, der seit Jahrzehnten den systematischen «Strukturwandel», den andere «Bauernsterben» nennen, mit

[1] *Der Autor arbeitet für die «Zukunftsstiftung Landwirtschaft», gegen Agro-Gentechnik, für die Saatgut-Vielfalt und zu Fragen der Welternährung und der Europäischen Agrarpolitik.*

betreibt, ist darauf nur ein Teil der Antwort. Einen zweiten Teil der Antwort konnte, wer es denn so sehen wollte, vier Wochen nach der «Grünen Woche» auf der «globalen Leitmesse des Biolandbaus», der «Biofach» in Nürnberg, besichtigen. Bauern waren auch hier ganz eher Beiwerk. Den Ton gaben der Handel, die Verarbeiter und die Verbandsvertreter an. Zur Eröffnung erklärte eine smarte Zukunftsforscherin «organic 3.0» zum neuen Trend: **Nachhaltigkeit als Convenience-Produkt mit starker Lifestyle-Komponente und möglichst fairem Nachgeschmack.** Der deutsche Staatssekretär Robert Kloos versicherte den versammelten Biofunktionären zum 25. Jubiläum der Biofach, sie seien nun endgültig «in der Mitte der Gesellschaft» angekommen. Ihre Präsidenten erwähnten wie zum Dank mit keiner Silbe, dass die Regierung sich nur zwei Tage zuvor geweigert hatte, gegen den Anbau von Gentechnikmais in der EU zu stimmen.

Pilotanlagen

Für Bio ist es eng geworden in der «Mitte der Gesellschaft». Denn der real existierende biologische Landbau in Deutschland kann nicht mehr mithalten mit Pachtzinsen und Kaufpreisen, die von doppelt subventionierten, industriell ausgerichteten Herstellern von «Bio»gas und «Bio»sprit bezahlt werden. **Der Konkurrenzdruck hochspezialisierter, industrieller Biobetriebe und der globale Wettbewerb nehmen dem klassischen, diversifizierten EU-Biohof die Luft zum Atmen. Dabei ist dies möglicherweise nur ein Vorgeschmack auf das, was in den nächsten Jahren als «wissensbasierte Bioökonomie» auf Europas Landwirtschaft zukommt.** Eine Milliarde Euro will die EU-Kommission gerade in ein Joint Venture mit Industrieunternehmen zur Errichtung einer Pilot-Bioraffinerieanlage investieren. Doch zur Eröffnung der «Biofach» präsentierte sich die Branche mit Powerpoints über «organic 3.0» und Filmen von einer Idylle, die mit der Supermarkt- und Discounter-Realität, die einen immer grösseren Anteil des Bio-Umsatzes ausmacht, wenig zu tun hat. Bei den diesjährigen Eröffnungsfilmen durfte natürlich die «solidarische Landwirtschaft», wie in Deutschland die direkte Beteiligung der Kunden am Hof und seiner Finanzierung (auch Community Supported Agriculture, CSA) heisst, nicht fehlen. Zufällig war es der Bauer, der dem Büro von «Meine Landwirtschaft» jede Woche am Mittwoch sandige Kartoffeln, Rüben und vielerlei Gemüse liefert und bei dem einige von uns schon ihren kleinen Arbeitseinsatz absolviert haben. Wir lieben ihn und wollen ihn keinesfalls zum Feigenblatt verkommen lassen.

Eine Grossdemonstration über die Milieu-Grenzen hinweg: 30 000 Menschen demonstrierten am 18. Januar 2014 in Berlin für eine «bäuerliche und ökologischere Landwirtschaft und gutes Essen».

Fotos: Uwe Hiksch (links) und campact (rechts) auf Flickr

Wenn ich bei Vorträgen auf dem Lande die Einzugsermächtigung erwähne, mit der «unser» Bauer von meinem Konto einen vorab vereinbarten monatlichen Festbetrag abbucht, für den er dann liefert, was die Ernte eben hergibt, kann ich neuerdings beobachten, wie Landwirte, besonders die Frauen, nachrechnen: Wie viele Einzugsermächtigungen bräuchten sie, damit ihr Hof sich rechnet? Auf welche Investitionen und Kredite könnten sie dabei verzichten? Was brächte es ihnen, wenn der Kredit nicht mehr von der Bank, sondern von einer wohlmeinenderen und im Zweifelsfalle auch solidarischeren Gruppe von Kundinnen und Kunden gewährt wird? Noch sind die meisten «solidarischen» Höfe gewiss kein ernst zu nehmendes Vorbild für mittlere und grössere landwirtschaftliche Betriebe. Noch handelt es sich auch hier grösstenteils um Pilotanlagen und echte Pioniere. Doch das Prinzip dieser radikalen Verkürzung der Wege zur Deckung eines möglichst grossen und wachsenden Anteils des eigenen Lebensmittelverbrauches könnte in den kommenden Jahren zu einem interessanten Geschäftsmodell werden; vor allem da wo es nicht nur um die alte «Gemüsekiste», also individuelle Direktbelieferung geht, sondern **Städter und Nachbarn anfangen, sich auch finanziell, vielleicht sogar mit Arbeit, eigener Kompetenz und Kommunikationsleistungen an dem Hof zu beteiligen, der sie ernährt.**

Fest steht, dass diese Modelle weit über die unmittelbar Beteiligten hinaus zum Nachdenken und zum Nachrechnen anregen: Wie viel Land, wie viel Energie, wie viel Arbeit steckt in meinen Lebensmitteln? Welchen praktischen Beitrag kann ich zum Erhalt von Vielfalt und Natur leisten, wenn ich darauf achte, wie das entsteht, was ich bisher im Supermarkt eher nebenbei gekauft habe? Welche Fläche beanspruche ich, welche andere Menschen auf unserem Planeten? Was für eine Rolle spielen dabei Fleisch, Eier und Milch?[2] Die meisten der 30 000, die in Berlin «Wir haben es satt!» riefen, haben gerade erst begonnen, solchen Fragen wirklich auf den Grund zu gehen. Viele möchten auch im Alltag der Erkenntnis Rechnung tragen, wie vieles da zusammenkommt und miteinander zusammenhängt. Sie wollen nicht Expertinnen für alles und Fachmänner für jedes werden, sondern einfach nur ihren Beitrag leisten und sich dabei einigermassen wohl fühlen. Die Generation «Wir haben es satt» hat deshalb begonnen mit «Schnibbeldiscos», auf denen gemeinsam Gemüse geputzt, geschnitten und gekocht wird, das sonst weggeworfen würde, weil es nicht in die Norm passt, mit vegetarischem Essen, urbanen Gärten und solidarischen Landwirtschaftsprojekten, fairen Importen und Sinn für Herkunft und Technologien, die in ihrem Essen stecken, zu dem zu werden, was Carlo Petrini «Ko-Produzenten» genannt hat und andere «Prosumenten» nennen: **Menschen, die ihren Konsum und auch damit verbundenen Verzicht aktiv zu gestalten beginnen.** Lebensmittel sind nicht die einzigen Objekte ihrer neuen Mündigkeit; aber doch die elementarsten und geschmackvollsten. ●

[2] *Mit «unserem» Bauern, einer Kollegin in Schweden, einem Olivenbauern in Griechenland sowie einer wachsenden, europäischen Gemeinde im Internet untersuchen wir diese Frage jetzt etwas genauer: 2000 m² kommen heraus, wenn man die globale Ackerfläche durch die Zahl der ErdenbürgerInnen teilt. Siehe www.2000m2.eu*